

sungsgrenzen – in einer allgemeinen öffentlichen Krankenversicherung

- die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen auf einer sozial gerechten Grundlage
- längerfristig die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge von privaten Unternehmen auf Basis der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen, also der Wertschöpfung
- den Stopp weiterer Privatisierungen im Gesundheitswesen
- die Stärkung der demokratischen Grundlagen der Verwaltung des Gesundheitswesens, der Patientenrechte und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals
- die Einführung einer Positivliste für Medikamente
- bedarfsorientiertes Qualitätsmanagement in vernetzten, multiprofessionell besetzten Gesundheitszentren,
- Stärkung der Prävention, der Gesundheitserhaltung und Gesundheitsförderung

Kurzfristig halten wir es im Gegensatz zu den Rürup-Vorschlägen für erforderlich

- die paritätische Finanzierung im Gesundheitswesen durch eine zusätzliche „Gesundheitsabgabe“ der Unternehmen wiederherzustellen, wie es die IG Metall kürzlich vorgeschlagen hat
- die notwendigen, akuten Maßnahmen zu Sicherung der finanziellen Grundlagen des Gesundheitswesens wirklich solidarisch und nicht allein zu Lasten der Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen zu finanzieren – z.B. unter Einbeziehung der Mittel aus einer Einmalabgabe auf große Vermögen.

Viertens:

Die PDS wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den sozial unverantwortlichen Vorhaben der Bundesregierung in den Arm zu fallen. Vor allem wird sie sich mit allen gesellschaftlichen Kräften, vor allem mit den Gewerkschaften und Verbänden verbünden, die dazu bereit sind, um in einer breiten Volksbewegung dieses Ziel zu erreichen. Den Delegierten des SPD-Sonderparteitages – sollte er zustande kommen – werden wir einen offenen Brief dazu schreiben, um auch die SPD-Linken zu ermuntern, ihren Widerstand fortzusetzen. Zugleich gibt es bereits konkrete Vorbereitungen und Absprachen zu außerparlamentarischen Aktionen mit Gewerkschaften und Verbänden.

Fünftens:

Die PDS wird ihre eigenen Aktivitäten und Anstrengungen erhöhen, um alternative Lösungen zu erarbeiten und der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Auch hier werden wir die Zusammenarbeit mit allen jenen Kräften suchen, die sich in den Widerstand gegen den neuerlichen Generalangriff auf das Sozialsystem einreihen.

Irak nach dem Krieg

Ungewisse Zukunft

Die USA und ihre Verbündeten haben ihr erstes Kriegsziel erreicht. Das Saddam-Regime ist gestürzt. In wenigen Tagen, heißt es, wolle man den militärischen Sieg verkünden. Wird der Irak eine Kapitulation unterzeichnen, wird es einen Friedensvertrag geben? Das alles ist derzeit offen.

Kaum jemand weint dem Regime eine Träne nach. Doch die Ungewissheit, was der militärische Sieg der USA und ihrer Verbündeten der Bevölkerung im Irak bringt, welche Auswirkungen er konkret auf die Region haben und welche langfristigen Folgen für die internationale Ordnung er haben wird, lastet schwer.

Sicher ist: Die geltende internationale Rechtsordnung, die sich auf die UNO stützt, ist schwer beschädigt, wohl irreversibel. Die Quellen des internationalen Rechts, das dem Bestandsschutz der souveränen Einzelstaaten großen Wert beimisst, reichen bis ins 16./18. Jahrhundert zurück, dem Zeitraum, als sich in Europa im Zusammenhang mit der Herausbildung selbstzentrierter, integrierter Wirtschaftsräume die Nationalstaaten herausbildeten. „Von allen Rechten, die einer Nation gehören können, ist die Souveränität zweifellos das wertvollste und dasjenige, das die anderen am gewissenhaftesten achten müssen, wenn sie ihr nicht zu nahe treten wollen“, hatte Vattel, einer der Begründer des modernen Völkerrechts, 1758 eines der Grundprinzipien des Völkerrechts beschrieben.¹ Wahrscheinlich tritt die Tendenz zur Auflösung dieser in Jahrhunderten erarbeiteten und auf jahrhundertelangen Erfahrungen beruhenden Rechtsgrundsätze im Angriffskrieg gegen den Irak nur besonders krass zutage.² Tatsache jedenfalls ist: Die Souveränität des Irak ist zerstört. Dass die Invasionstruppen in praktisch allen von ihnen eroberten Städten den Plünderungen, der Bilderstürmerei, der Zerstörung von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, keinen Einhalt geboten und in Bagdad nur eine, ausgerechnet diese eine Institution – das als einziges Regierungsgebäude nicht zerbombte Ölministerium – besetzten und schützten, demonstriert die Strategie der USA, die völkerrechtlich verbrieftete Integrität ei-



nes souveränen Staates, ja sogar die Erinnerung daran auszulöschen.

Die US-Regierung hat inzwischen begonnen, zwei der fünf Flugzeugträger-Kampfgruppen aus der Golfregion abzuziehen. Der alliierte Oberkommandierende, General Franks, befindet sich ebenfalls auf dem Rückweg in sein Hauptquartier in Florida. Gleichzeitig jedoch stocken die USA die Zahl der Bodentruppen weiterhin auf. Sie richten sich auf eine längere Besatzung des Landes ein und halten anscheinend eine Streitmacht von bis zu 200.000 Soldaten dafür – und als Drohkulisse für die ganze Region – auf geraume Zeit für notwendig.³ Die New York Times berichtet, dass die USA langfristig vier Militärstützpunkte im Irak nutzen wollen. „Es wird eine Art Langzeit-Verteidigungsbeziehung mit einem neuen Irak geben, ähnlich wie mit Afghanistan“, zitiert die Zeitung einen Beamten aus dem Verteidigungsministerium.⁴ Damit würden die USA, die nach dem letzten Golfkrieg mehrere Stützpunkte in Nachbarstaaten des Irak errichtet hatten, ihre Militärpräsenz in der Region des Mittleren Ostens weiter ausbauen.

Derweil hat der US-Verwalter für den Irak, Garner, am 21. April seine Arbeit in Bagdad aufgenommen.⁵

Er ist dem Oberbefehlshaber der US-Truppen unterstellt und soll nach dem Willen der US-Regierung das Land verwalten, bis man eine irakische Regierung gebildet hat. Über den Zeitraum schweigt man sich aus.

Die zukünftige irakische Regierung beansprucht vor allem der Exiliraker Jalabi, eine höchst zwielichtige Gestalt, die von den USA ge-

U.S. Labor Against War says:
**T
BRING
HOME
NOW!
P
S**
WWW.USLABORAGAINSTWAR.ORG

stützt und von allen politischen Strömungen im Irak abgelehnt wird.

Gegenwärtig funktioniert in den irakischen Millionenstädten nur wenig. Die Sicherheitslage ist vor allem infolge bewaffneter und bald oft gut organisierter Plünderer nach wie vor prekär. In Bagdad wurden erst wenige Stadtteile, und das erst am 21.4., wieder mit Strom versorgt. Die Wasserversorgung ist nach wie vor nicht gesichert, schwere Durchfallkrankheiten nehmen zu. Der Müll häuft sich auf den Straßen, die Gefahr von Seuchen droht. Die wenigen Krankenhäuser, die noch geöffnet sind, sind völlig überlastet. Die Telefonverbindungen sind praktisch gänzlich zerstört. Rund zehn Millionen Irakis, die im staatlichen Sektor beschäftigt waren, haben seit einem Monat keinen Lohn bekommen. Hunderttausende, vielleicht Millionen haben ihre Arbeit verloren und wissen vorerst nicht, wie es weiter gehen soll. Die alte Währung ist außer Kraft, Dollars, die zur

die befürchteten Massenflucht ausgeblieben ist. Das spricht dafür – mehr als die Propaganda staatstragender US-Medien –, dass die irakische Bevölkerung nicht ohne Hoffnung, vor allem wohl auf wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, in die Zukunft blickt.

Die USA verlangen, dass die UNO die Sanktionen gegen den Irak sofort aufhebt. Andernfalls nämlich könnten sie über das Programm „Öl für Nahrungsmittel“ hinaus keine Erdölimporte tätigen, ohne gegen UN-Resolutionen zu verstoßen. Ihr Argument lautet, der Irak benötige dringend Einnahmen für den Wiederaufbau. Tatsächlich steht die Einschränkung der Ölexporte, dauert sie länger an, einem zweiten Kriegsziel, dem Zugriff auf den irakischen Ölreichtum, entgegen. Und worum es bei dem Wiederaufbau geht, beleuchtet eindrucksvoll der im Folgenden dokumentierte Artikel von Naomi Klein vom 13. April. Er erschien ursprünglich in der US-amerika-

Wiederaufbau des Iraks?

von Naomi Klein

Am 6. April machte es der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz klar: Die UNO wird keine Rolle bei der Einsetzung einer Übergangsregierung im Irak spielen. Die von den USA geführte Regierung wird wenigstens sechs Monate im Amt bleiben, „wahrscheinlich länger“.

Und wenn dann das irakische Volk bei der Wahl einer Regierung mitsprechen darf, sind die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen über die Zukunft des Landes bereits von den Besatzern gefällt worden. „Wir brauchen vom ersten Tag an eine effektive Verwaltung“, sagte Wolfowitz. „Die Leute brauchen Wasser, Nahrung und Medikamente, die Kanalisation muss funktionieren und auch die Stromversorgung. Das liegt in der Verantwortung der Koalition.“

Man nennt den Prozess, die Infrastruktur wieder funktionstüchtig zu machen, „Wiederaufbau“. Aber die amerikanischen Pläne über die Zukunft der irakischen Wirtschaft gehen darüber hinaus. Vielmehr wird das Land als leere Tafel betrachtet, auf der die ideologischen Verfechter des Neoliberalismus in Washington ihre Traumwirtschaft planen können: vollkommen privatisiert, im Besitz ausländischer Unternehmen und offen für den Handel.

Hier sind einige Glanzpunkte: Der Vertrag über die Verwaltung des Hafens Umm Qasr im Wert von 4,8 Mio. \$ ist bereits an eine amerikanische Gesellschaft, die Stevedoring Services of America, gegangen, und die Flughäfen stehen zur Versteigerung bereit. Das amerikanische Büro für internationale Entwicklung (US Agency for International Development) hat US-amerikanische multinationale Konzerne eingeladen, um für alles Mögliche, von der Wiedererrichtung der Straßen und Brücken bis zum Druck von Lehrbüchern, Angebote abzugeben. Die meisten Verträge erstrecken sich über ein Jahr, aber andere enthalten Optionen, die bis zu vier Jahre verlängert werden können. Wie lange wird es dauern, bis diese in langfristige Verträge für privatisierte Wasserversorgungssysteme, Transitstrecken, Straßen und Schulen und das Telefonsystem übergehen? Wann wird aus dem Wiederaufbau eine verschleierte Privatisierung?

Der republikanische Kongressabgeordnete Darrel Issa aus Kalifornien hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der vom Verteidigungsministerium verlangt, ein CDMA-Mobilfunknetz* im Nachkriegsirak aufzubauen, damit „amerikanische Patentinhaber“ davon profitieren. Wie Farhad Manjo im „Salon“ bemerkte, wird das CDMA-System in den



inoffiziellen Währung wurden, haben die meisten nicht.

Medienberichten zufolge nimmt der Widerstand gegen die befürchtete Kolonisierung zu, verstärkt durch das Vorgehen der US-Armee, die in Mossul an zwei aufeinanderfolgenden Tagen blind in Demonstrationen feuerte und zahlreiche Menschen tötete. Auch in Nassiriya und Bagdad demonstrierten Zehntausende nach dem Freitagsgebet gegen das Saddam-Regime und gegen die amerikanische Besatzung. Zentren des Widerstandes sind anscheinend die Moscheen.⁶

Andererseits: Die Lebensmittelversorgung scheint im Großen und Ganzen zu funktionieren, nicht zuletzt weil der Irak vor dem Krieg Vorräte für fünf Monate angelegt hat. Aber auch die Versorgung der Städte durch das Land klappt zunehmend – frisches Obst und Gemüse ist wieder zu erhalten. Auch fällt auf, dass im Krieg und im folgenden Chaos

nischen Zeitschrift „The Nation“. Wir entnahmen ihn dem Z-Net, einer verdienstvollen Informationsquelle für kritische Berichte und Kommentare.⁷ scc

1 zitiert nach: Politische Berichte 20/99, S. 18, Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten

2 Auch in der Entwicklung der EU etwa wird diese Tendenz deutlich sichtbar.

3 NZZ, 18.4.

4 nach: Financial Times Deutschland, 20.4.

5 Siehe auch PB 8/03

6 Schilderung nach Guardian, 21.4., „This occupation is a disaster. The US must leave – and fast“

7 <http://www.zmag.de/index.php> Im Impressum heißt es: zmag.de ist ein Projekt von Menschen, die die Texte des amerikanischen ZNet / Z Magazine in deutscher Sprache verfügbar machen möchten. Wir halten die im ZNet verbreiteten Informationen für einen dringend notwendigen Kontrast zur Berichterstattung der Mainstreammedien und das ZNet für eine wichtige Informationsquelle.